

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 112.

Freitag, 18. Mai 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Dienstag, den 22. Mai 1894,
Nachmittags 3 Uhr.

sollen in den Speichern der Firma **Craffelt & Thiem** im Hafen zu Gröba 50000 Ko. **mixed Mais** gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.
Riesa, am 17. Mai 1894.

Das Königliche Amtsgericht.
H. Reichelt.

Pferdedünger.

Der in dem Barackenlager bei Zeithain während der diesjährigen Schießübungen (vom 28. Mai bis 2. August d. J.) der Feld-Artillerie-Regimenter Nr. 32, 28 und 12 sich ergebende **Pferdedünger** soll **verpachtet** werden. Hierfür bezügliche Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des 3. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 32 zu Riesa, Kasernen II Zimmer Nr. 55 zur Einsichtnahme aus und sind Angebote mit der Aufschrift „Pferdedünger betr.“ bis zum 21. Mai d. J. in das genannte Geschäftszimmer versiegelt einzuliefern.

Königliches 3. Feldartillerie-Regiment Nr. 32.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die dem Bundesrathe überwiesene Resolution des Reichstages auf Revision des Gesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung ist auf Beschluss des Bundesraths dem Reichskanzler überwiesen worden. Die Erörterungen des Reichstages über die Anträge, die zu der Resolution geführt haben, liegen bereits erkennen, daß die Regierung nicht abgeneigt ist, dem von vielen Seiten an sie herangetretenen Wunsche einer solchen Revision zu entsprechen. Es heißt, daß Anordnungen bevorstehen, die zunächst auf Feststellung der Bedürfnisfrage und Bezeichnung der Punkte gerichtet würden, an denen die Revision des Gesetzes zu beginnen hätte. Es wird sich erst nach einiger Zeit übersehen lassen, welche Erfolge von diesen Absichten zu erwarten sind.

Häufig Bismarck's Brust müßte, wie jetzt ein „Statistiker“ ausgerechnet hat, einen Umfang von mindestens 7 Metern haben, wollte er alle seine Orden und einmal tragen. Die Zahl der ihm verliehenen Decorationen beläuft sich auf 482.

Dem vielbesprochenen Thema des Jesuiten-Antrages gilt eine interessante Auslassung der Bismarck'schen „Hamburger Nachrichten“, welche dabei Gelegenheit nehmen, dem allseits dominirenden Wunsche betreffs einer baldigen ausführlichen Mittheilung über die Stellung des Bundesraths in recht lebhafter Weise Unterstützung zu verleihen. Der Reichskanzler hat bekanntlich, als er noch preussischer Ministerpräsident war, die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß er für den in Rede stehenden Centrums-Antrag die preussischen Stimmen nicht in Aussicht stellen könne. Danach muß — so folgert hieraus das genannte Hamburger Blatt — damals die preussische Regierung zu der Jesuitenfrage eine ganz bestimmte Stellung gehabt haben. Da nun nicht anzunehmen ist, daß dieselbe inzwischen verlassen sei, entsteht naturgemäß die Frage, warum man noch länger zögern wolle, die Entscheidung im Bundesrathe herbeizuführen? Daß die übrigen Regierungen sich um die Angelegenheit bisher gar nicht gekümmert hätten und nun erst in eine nähere Prüfung derselben eintreten müßten, sei nicht wahrscheinlich; vielmehr dürfte man annehmen, daß sie, sobald sich Preußen zur Entscheidung bereit zeigt, ihrerseits derselben keine Hindernisse bereiten werden. Im Großen und Ganzen sei die Angelegenheit von so großer Wichtigkeit, daß es sich, wenn nicht schon in aller nächster Zeit die Abstimmung im Bundesrathe erfolgt, empfehlen dürfte, im preussischen Abgeordnetenhaus eine Anfrage an die preussische Regierung wegen ihrer Stellungnahme zu dem Jesuiten-Antrage zu richten. Der Vorwurf der Einmischung in Reichsangelegenheiten würde in diesem Falle um so weniger erhoben werden können, als ja Graf Caprivi seine oben erwähnte Erklärung seiner Zeit im Abgeordnetenhaus abgegeben hat.

Die „National-Zeitung“ schreibt: „Der Kanzler leistet, wie verschiedene Blätter berichteten, nicht am 10. d. M., wie erwartet wurde, in Hamburg einetroffen. Wenn zur Erklärung hinzugefügt wird, Herr Veit sei nicht in Kamerun anwesend gewesen, als der Befehl zu seiner Rückkehr dort eintraf, so halten wir dies für irrtümlich. So viel wir wissen, wurde dieser Befehl durch den Regierungsrath Rose persönlich nach Kamerun überbracht, und Herr Rose hat den Kanzler Veit dort angetroffen.“

Auf die Wirkungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 werfen die „Berl. Pol. Nachr.“ einen Rückblick, der sich hauptsächlich mit den neuen Bestimmungen über die Regelung der Fabrikarbeiterverhältnisse beschäftigt. Einige der neuen Vorschriften hätten sich darnach bewährt. So würde es wohl nirgends als störend empfunden, daß mit dem 1. April dieses Jahres die schulpflichtigen Kinder vollständig aus den Fabriken verschwunden seien. (Vermuthlich konstatierte die „Leipz. Zig.“ jüngst, daß gerade mit dieser Bestimmung vielfach die Eltern der Kinder, da sich die letzteren zu viel selbst überlassen wären, nicht einverstanden seien und

dieselbe übel empfänden. D. N.) Anders stehe es schon mit der Neuregelung der Arbeitszeit und Arbeitspausen bei den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern. Hier wirkten die gesetzlichen Bestimmungen vielfach hemmend und störend auf die Betriebe ein, selbst wenn diese, was wohl größtentheils geschehen sei, für alle Arbeiter die für Arbeiterinnen vorgeschriebene Maximalarbeitszeit angenommen haben. Noch mehr aber haben die Ausführungs-Vorschriften Schwierigkeiten bereitet. Hierbei ist in manchen Punkten zu weit gegangen, weshalb auch Verhandlungen über Änderungen dieser Vorschriften eingeleitet sind. Einer bedeutenden Verbesserung bedürfen die Vorschriften, welche sich auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Zucht unter der jugendlichen Arbeiterkraft beziehen. In Betracht kommen hierbei namentlich die Bildung von Arbeiterausschüssen und die Auszahlung der Löhne an die Eltern der minderjährigen Arbeiter. Die Ursache der Mängel auf diesem Gebiete ist theils in der Abneigung der Arbeitgeber, theils in der Fassung der gesetzlichen Bestimmungen zu suchen. Im Allgemeinen wird man auf Grund der dreijährigen Erfahrung sagen müssen, daß durch die Gewerbeordnungsnovelle den Fabrikarbeitern manche Besserung ihrer äußeren Verhältnisse zugeführt, eine Besserung der inneren Verhältnisse aber noch nicht genügend erreicht worden ist.“

Der gestrigen Trauerfeier für den früheren Gesandten von Schöler wohnten der Reichskanzler Graf von Caprivi, Staatssekretär Hr. v. Marischall, sowie Unterstaatssekretär Hr. v. Rottenhan, Geheimrath Humbert, der amerikanische Botschafter Rungan u. A. bei. Zahlreiche Kranzpenden aus Rom sind eingetroffen. Der Kaiser, die Kaiserin Friedrich, die Prinzen Friedrich Leopold und Alexander und Fürst Bismarck sandten gleichfalls Kränze. Hofprediger Frommel hielt die Trauerrede.

Dem Vernehmen der „Polit. Nachr.“ nach beantragte der Reichskanzler am 14. Mai beim Bundesrathe die Aufhebung des Verbotes der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln, das am 4. Juli 1893 anlässlich der Winternote der Futtermittel in Deutschland erlassen worden war.

Der Bergarbeiterkongress beriet gestern die Frage des Achtstundentages und sprach sich mit 76 gegen 10 Stimmen für dessen gesetzliche Einföhrung aus. Dafür stimmten 39 Deutsche, 30 Engländer, 4 Franzosen und 3 Belgier, dagegen 10 Engländer. Die Mehrzahl vertritt 105 000, die Minderheit 120 000 Bergarbeiter. — Ferner stimmte man über den Antrag ab, daß die Unternehmer durchaus entschuldigungspflichtig sind für Unfälle, die den Arbeitern in den Gruben zugezogen sind, auf welche Art der Unfall sich auch ereignet. Bei der Abstimmung enthielten sich 19 Engländer, 9 Engländer stimmten für, 11 gegen den Antrag, während die Deutschen, Belgier und Franzosen geschlossen dafür eintraten. Der Antrag ward somit mit 56 gegen 11 Stimmen angenommen. Die sich enthaltenden Engländer begründeten die Enthaltung mit Bedenken gegen die redaktionelle Fassung. Der Antrag ward hierauf zur Befreiung der formellen Bedenken an die Geschäftskommission zurückverwiesen.

Frankreich. Der Abg. Deloncle hat in der französischen Kammer ein Gesetz zur Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird in einigen Tagen dem Kammerausschusse mitgetheilt werden und man glaubt, daß dieser den Antrag mit Mehrheit annehmen wird. Dieses Gesetz würde im Staatshaushalte eine Ersparniß von 25 Mill. Frank herbeiföhren, ohne eine zu große Verminderung der Effectivstärke zu bewirken. — In Madagaskar scheinen sich ernste Dinge vorzubereiten. Das französische Transportschiff „Chadernagor“ ist mit 600 Mann und einer ziemlich bedeutenden Ladung von Kriegsmunition nach Madagaskar abgegangen. Die „Amazone“ ist außerdem am 16. d. mit dem General Frey an Bord nach der Insel abgedampft, woselbst er zur Inspection hingebracht wurde.

Ferner erhalten die in Madagaskar stehenden Kriegsschiffe frische Pulver- und Munitionsendungen. Auch die Novas scheinen sich auf einen Krieg vorzubereiten.

Seit den blutigen Vorgängen von Agues-Mortes ist noch kein Jahr verstrichen, und schon beginnt in Frankreich von Neuem eine Bewegung gegen die fremden Arbeiter, die man nur als „Noye“ bezeichnen kann. In Etapel bei Perpignan überfielen vier Arbeiter die italienischen Erdarbeiter mit Steinen und Knütteln und warfen schließlich einen vierzig Kilogramm schweren Steinblock auf einen Schwerverletzten. Ein zweiter italienischer Arbeiter, der seinem Kollegen zu Hilfe kam, wurde durch drei Messerstiche schwer verletzt, desgleichen bietet der Zustand von zwei der Angreifer Grund zu Besorgnissen. Der Gelair meldet, die benachrichtigte Gendarmerie und der stellvertretende Bürgermeister hätten sich geweigert, einzuschreiten. Auch in den Pariser Vororten Choisy, Jory, Villejuif herrscht eine große Erregung unter den französischen Ziegelbrennern gegen ihre belgischen Kollegen. Es kam bereits mehrfach zu Reibereien. Die Vorgänge, namentlich aber auch die verdächtige Haltung der französischen Behörden sind ein getreues Abbild, Gott sei Dank bisher im kleinen, der brutalen Scandalen des vorigen Jahres. Merkwürdig ist, daß gerade die Sozialistenführer, die doch angeblich den Internationalismus auf ihre Fahne geschrieben haben, die treibende Kraft in dieser national-chauvinistischen Hypecampagne bilden.

Italien. Crispi hat wirklich Glück. Nachdem die Deputirtenkammer tagelang an dem Militärbudget herumgemäkelt hatte, strich sie im ganzen ... 160 000 Mark. Dann wurde der Titel einstimmig angenommen.

Rußland. Nach einer der „Pol. Korr.“ aus Petersburg zugehenden Meldung verlautet in den dortigen Hofkreisen, daß die Vermählung des Großfürsten-Thronfolgers Nikolaus mit der Prinzessin Alix von Hessen für den 10. November angelegt worden ist.

England. Ueber 4000 Droschkenkutscher sind in London in den Ausstand getreten; sie hielten im Hyde Park eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, so lange im Ausstand zu verharren, bis das von ihnen an die Droschkenbesitzer zu zahlende Mietzsgeld herabgesetzt werden würde. In London zahlen nämlich die Kutscher den Fuhrwerksbesitzern eine wöchentliche Miete, die nicht eben gering ist und in schlechten Zeiten häufig den Wochenertrag des Fuhrwerks übersteigt.

Amerika. New-York, 17. Mai. Ein aus Europa eingetroffener Passagier bekräftigte die ersten Berichte über die verheerende Wirkung des Erdbebens in der Gegend von Maracaibo. In sechs Städten Venezuelas soll die Hälfte der Einwohner getödet, in den Kasernen von Merida sollen 150 Soldaten umgekommen sein.

Dertliches und Sächsisches.

Riesa, 17. Mai 1894.

— Die Eltern, Pfliegerkern und Vormünder unpflichtiger Kinder machen wir hiermit nachträglich noch auf die Bekanntmachung in gestriger Nummer ds. Bl., betreffend die öffentlichen Impfungen und Impfprovisionen in hiesigen Impfbezirke (Stadt Riesa und Göhlis), aufmerksam. Für die Erstimpfungen erfolgen noch besondere Vorladungen.

— Herr Ober-Regierungsrath v. Schröter, derzeitiger Vorstand der Königl. Amtshauptmannschaft Dschag, wird am 1. August ds. Js. die königliche Amtshauptmannschaft Riesa übernehmen; der derzeitige dortige Amtshauptmann, Herr Geh. Regierungsrath von Kirchbach, tritt als Erster Rath und Stellvertreter des Kreisauptmanns in die Königl. Kreisauptmannschaft Dresden ein, während der jetzige Inhaber dieser Stelle, Herr Geh. Regierungsrath v. Hofe, für den in den Ruhestand tretenden Herrn Geh. Rath Däpe als